



Emotionen, Ehrgeiz und viel Energie: Jungtrainer Ludovic Magnin ist beim FCZ angekommen

Seite 49



Ab heute gilt die Winterzeit. Die Uhren sind in der Nacht von 3.00 Uhr auf 2.00 Uhr zurückgestellt worden.

Wer hat's erfunden? Schon die alten Ägypter züchteten hornlose Kühe

Seite 55

Eva Illouz sagt, wieso das Internet die Liebe bedroht

NZZ am Sonntag

28. Oktober 2018 | Nr. 43 | NZZa.Sch | Fr. 6.00 | € 6.00

Parlament will Schuldenerlass für Private ermöglichen

Überschuldete Personen sollen sich von ihrer Last befreien können. Politiker sprechen von einer «zweiten Chance» für Betroffene. Eine Mehrheit zeichnet sich ab.
Lukas Häuptli

Unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit haben National- und Ständerat im September zwei Vorstösse angenommen, die Bribantes verlangen: Der Bundesrat soll ein Gesetz ausarbeiten, das die Schuldenbefreiung von privaten Schuldnern vorsieht.

Konkret könnte ein solches Verfahren so aussehen: Eine überschuldete Person einigt sich mit der Mehrheit der Gläubiger darauf, innert einer vereinbarten Frist einen Teil der Schulden abzuzahlen. Dafür erlassen ihr die Gläubiger den Restbetrag. Das würde unter Aufsicht eines Gerichts oder Sachwalters erfolgen. Es hätte den Vorteil, dass der Schuldner von seiner Last befreit wird und die Gläubiger wenigstens einen Teil ihres Geldes zurückerhalten. Umstritten ist, ob auch Schuldenbefreiungen für Sozialhilfeempfänger ohne Lohn und Vermögen möglich wären.

Noch müssen die beiden Vorstösse von SP- und GLP-Parlamentariern im jeweiligen Zweiterat angenommen werden. Bereits jetzt ist aber absehbar, dass die Mehrheit des Parlaments der Forderung nach einem Schuldenbefreiungsgesetz im Grundsatz zustimmen wird.

«Das ist ein wichtiger Beitrag zur Schuldensanierung von Privatpersonen», sagt SP-Nationalrat Martin Naef. GP-Nationalrätin Sibel Arslan sieht im neuen Gesetz ein Mittel zur Armutsbekämpfung, und FDP-Ständerat Andrea Caroni spricht von einer «zweiten Chance» für Schuldner. Die Schuldenbefreiung müsse aber an «strenge Voraussetzungen» gebunden sein. Ähnlich tönt es bei CVP-Nationalrätin Andrea Gmür: Es brauche «strikte Bedingungen und Regelungen».

Einzig die SVP ist grundsätzlich gegen die Möglichkeit einer Schuldenbefreiung von Privatpersonen. «Schuldenmachen darf sich nicht lohnen», sagt Nationalrätin Barbara Steinemann. «Aus Sicht auf Nachsicht kann sich kontraproduktiv auswirken.»

Seite 9
Kommentar Seite 19



Herrschaft des Schreckens

Der Tod des Journalisten Jamal Khashoggi bewegt. Er steht für Tausende von namenlosen Opfern, die in Saudiarabien verschwinden, gefoltert und getötet werden. Elf Geschichten.

Seite 20

Antisemit richtet in US-Synagoge Massaker an

In der US-Stadt Pittsburgh ist am Samstagmorgen ein Amokläufer in eine Synagoge eingedrungen und hat laut Angaben der staatlichen Vertreter mindestens elf Personen erschossen, sechs weitere wurden verletzt. Der mutmassliche Täter, der 46-jährige Amerikaner Robert Bowers, wurde verhaftet. Die Anti-Defamation League, eine amerikanische Organisation gegen die Diffamierung von Juden, spricht von der wahrscheinlich schlimmsten Attacke auf die jüdische Gemeinde in der Geschichte der USA.

Bowers fiel auf Social Media mit antisemitischen Sprüchen

auf. Auf dem rechtsgerichteten sozialen Netzwerk Gab postete er kurz vor dem Massaker: «Ich kann nicht länger zusehen, wie mein Volk abgeschlachtet wird, ich greife nun ein.» Präsident Donald Trump verurteilte die Tat als «tiefbösen Massenmord» und forderte, Todesstrafen schneller zu vollstrecken. Härtere Waffengesetze hätten die Tat nicht verhindert, sagte Trump. Der Amoklauf erfolgt nur wenige Tage, nachdem ein fanatischer Trump-Anhänger 13 Paketbomben an Demokraten geschickt hat. (rte.)

Seite 2



Ich habe kürzlich ausgerechnet, dass ich in meinem Berufsleben über 4000 Essen hinter mich gebracht habe – aber ohne Fett, Zucker und mit nur wenig Alkohol.

Beat Kappeler, Kolumnist der «NZZ am Sonntag», verrät zum Abschied, wie er sich fit hält. Seite 35

Neue Organtransplantation in Zürich bringt massive Verbesserungen

Erstmals in Europa lebt eine Patientin mit einer neuen Niere, ohne auf Medikamente angewiesen zu sein.

Theres Lüthi

Nach einer Organtransplantation muss das Immunsystem lebenslang mit Medikamenten unterdrückt werden, damit der Körper das Organ nicht abstösst. Das löst starke Nebenwirkungen aus, von Diabetes über chronische Infekte bis hin zu Krebs. Fast jeder zweite Patient erkrankt später an Krebs. Forscher suchen deshalb seit langem nach Alternativen.

Nun ist am Universitätsspital Zürich die erste Patientin in Europa erfolgreich behandelt worden. Der 57-Jährigen drohten 2016 die Nieren zu versagen. Der Bruder spendete eine Niere. Zusätzlich erhielt die Frau aber auch Knochenmark des Bruders. So erreicht man eine Art Umschulung des Immunsystems, damit es das Organ als eigen erkennt. Man strebe einen Zustand der Immuntoleranz an, in dem das Organ nicht mehr abgestossen werde, sagt der Mediziner Thomas Fehr: «Aber alle anderen Immunreaktionen, etwa gegen Infektionserreger, bleiben erhalten.»

Die Operation verlief gut. Ein Jahr später konnte die Patientin das letzte Medikament absetzen. «Ich führe wieder ein ganz normales Leben», sagt sie, «ich kann aufs Tram rennen und mich wieder viel besser konzentrieren.»

Die Anwendungen des in den USA entwickelten Verfahrens sind derzeit limitiert. Die in Zürich verwendete Methode funktioniert nur bei vollidentischen Spender-Empfänger-Paaren, was relativ selten vorkommt. Das Ziel ist, die Behandlung auf weitere Personen auszudehnen.

Seite 53

